

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Daneben

Die Frage klingt neunklug: Hat die amerikanische Regierung im Nahen Osten die richtigen Prioritäten? Mehrfach hat Außenminister Kerry die Region besucht und dabei einen Großteil seiner Zeit darauf verwandt, den israelisch-palästinensischen Dialog wieder in Gang zu bringen – während Syrien in Blut ertrinkt, Iran sein Atomprogramm vorantreibt und in Ägypten der gewählte Präsident Mursi von einem gewaltigen Protest herausgefordert wird. Der „alte“ Nahost-Konflikt wirkt da fast wie ein Nebenschauplatz. Außenminister Kerry ist nicht dafür zu kritisieren, dass er sich mit diesem Konflikt befasst, den seine Amtsvorgängerin Clinton, deren Bilanz in der Substanz generell wenig eindrucksvoll ist, weithin ignoriert hatte. Aber nach wie vor tut sich die Regierung Obama schwer damit, insbesondere die Vorgänge in Ägypten angemessen einzuordnen; das war schon zu Beginn der Proteste gegen Mubarak so. Immerhin hat Obama nun Mursi dazu aufgefordert, der Opposition entgegenzukommen. Ob der den Islamisten zugeneigte Mursi Obamas Aufforderung Gehör schenkt? Spielt das überhaupt eine Rolle? K.F.

Muskelspiele

Ägypten steuert auf eine Konfrontation zu: Die Muslimbruderschaft mobilisiert ihre Anhänger nun landesweit, und die Opposition, die bereits im ganzen Land demonstriert, hält an ihrer Forderung fest, dass Präsident Mursi zurücktreten müsse. Der denkt nicht daran und weist das Ultimatum der Armee zurück, die bis Mittwochmittag beide Seiten an einen Tisch bringen will, um eine vorbereitete, aber noch geheime „Roadmap“ zur Lösung der Krise zu besprechen. Auch wenn die Muslimbrüder, die offenbar vom Ausmaß der Kundgebungen gegen Mursi überrascht waren, nun mit den Muskeln spielen, ist der Präsident in einer schwachen Position: Minister wenden sich von ihm ab, enge Berater verlassen ihn. Allerdings weiß Mursi, dass die Armee kaum wagen wird, ihn abzusetzen, weil seine Anhänger dies nicht hinnehmen würden. Die Militärs werden auch aus einem anderen Grund nicht versuchen, direkte politische Verantwortung zu übernehmen: Die Regierung, die sie nach Mubaraks Sturz bildeten, ist in schlechter Erinnerung. General Sisi wird sich deshalb wohl als Schlichter versuchen. Her.

Symptom

Nein, die „Vatikanbank“ IOR ist nicht das Problem, sondern ein Symptom, und zwar für ein Phänomen, das nicht auf den Vatikan beschränkt ist: Ob sich Kirchenmänner an Kindern und Jugendlichen vergreifen konnten oder im Schatten frommer Werke Verbrechen zu Diensten waren, zumeist konnten sie auf den Schutz der Institution zählen. Der Kirche war im Zweifel nicht nur der eigene Ruf wichtiger als der Schutz von Schutz-befohlenen. Sie glaubte sich auch über die staatliche Rechtsordnung erhaben. Sicher wirkt in dieser Mentalität ein päpstlich-bischöfliches Selbstverständnis nach, das hinter den frühneuzeitlichen Absolutismus zurückreicht. Entschuldigen lässt sich mit dieser Erklärung indes nichts. Vielmehr wäre zu fragen, wie es kommen konnte, dass Johannes Paul II. 1983 ein neues Kirchenrecht in Kraft setzen konnte, das von jenem Ungeist gelinde gesagt nicht frei ist. Wo es aber an einem geordneten Regierungssystem fehlt, da sind Mächtigkeiten jeder Art Tür und Tor geöffnet. So betrachtet täte der Kirche nicht Entweltlichung not, sondern Verweltlichung. D.D.

Balkanisches Hühndendrama

In Bosnien versagen die Behörden, und so leidet die Wirtschaft unter Kroatiens EU-Beitritt / Von Michael Martens

SARAJEVO, 2. Juli In Bosnien-Herzegowina leben vermutlich 3,8 Millionen Menschen und mit einiger Sicherheit 18,7 Millionen Hühner. Die erste Zahl ist eine grobe Schätzung, denn die bisher letzte Volkszählung in Bosnien fand noch vor dem Zerfall Jugoslawiens 1991 statt. Danach gab es aus politischen Gründen keinen Zensus mehr. Kroatische Politiker sperren sich dagegen, weil das Ergebnis belegen würde, dass inzwischen bedeutend weniger Kroaten in Bosnien und der Herzegovina leben als noch 1991. Politiker der (mehrheitlich muslimischen) Bosniaken lehnen eine Volkszählung mit der Begründung ab, die „ethnischen Säuberungen“ der Kriegsjahre, vor allem die Vertreibungen von Muslimen aus den heute serbisch dominierten Gebieten des Landes, würden dadurch gleichsam offiziell.

Die Angaben zu Bosniens Hühnerpopulation sind exakter, weil das Geflügel in Bosnien einsteilen noch nicht nach Konfession oder Volkszugehörigkeit getrennt erfasst wird, was die Sache politisch bedeutend vereinfacht. Die Welt verdankt die bosnische Hühnerschätzung einer gemeinsamen Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und des „Kuwait Investment Fund“ mit dem bahnbrechenden Titel: „Investitionen in die Geflügelproduktion in Bosnien-Herzegowina“. Da das bosnische Durchschnittshuhn nach etwa 41 Tagen schlachtreif ist, werden Bosnien und die Herzegovina über das Jahr gerechnet sogar noch von bedeutend mehr Geflügel bevölkert als von den fast 19 Millionen, die zum Zeitpunkt der kuwaitischen Zählung im Lande waren.

So weit, so gut. Nun droht das numerische Missverhältnis Mensch-Huhn in Bosnien jedoch zu ernst wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu führen, seit Kroatien am 1. Juli 2013 der EU beigetreten ist. Kroatien war seit Jahren der wichtigste Handelspartner Bosniens und der Export von Geflügel ein wichtiger Zweig der bosnischen Landwirtschaft. Seit dem kroatischen EU-Beitritt müssen Drittstaaten, um landwirtschaftliche Produkte nach Kroatien zu exportieren, europäische Standards bei der Herstellung von Lebensmitteln erfüllen. Das betrifft auch Vorschriften zu Hygiene und Tierschutz in Schlacht-

häusern oder Hühnerfarmen. Da die Aufnahme Kroatiens in die EU für die bosnischen Behörden offenbar völlig überraschend kam und wichtige Standards in Bosnien entweder nicht gesetzlich verankert sind oder trotz bestehender Gesetze nicht durchgesetzt werden, ist der Landwirtschaft in dem balkanischsten aller Balkanstaaten der wichtigste Exportmarkt weggebrochen. Für manche Unternehmen hat das existenzbedrohliche Folgen. Das in Sarajevo ansässige Forschungsinstitut „Populari“ hat die Gefahren schon 2012 untersucht und die Behörden auf die Versäumnisse aufmerksam gemacht. Popu-

schon Monate vor dem EU-Beitritt Kroatiens: „Wenn wir Kroatien verlieren, wird das schrecklich. Es würde nicht nur bedeuten, dass wir diesen Markt verlieren, sondern auch, dass wir keine Mittel mehr haben, um unsere Landwirtschaft zu entwickeln.“ Isoliert betrachtet, wäre das bosnische Hühndendrama eine Posse, doch es ist mehr als das. Es dokumentiert das Versagen der bosnischen Behörden auf nahezu allen Ebenen. Das hat nur bedingt damit zu tun, dass Bosnien durch die widerstreitenden Partikularinteressen von Bosniaken, Serben und Kroaten gelähmt ist und es nicht einmal ein gemeinsames



Bosnischer Markt: Auf das neue EU-Mitglied Kroatien nicht vorbereitet Foto Getty Images

lari-Chefin Alida Vračić kritisiert, dass es Politik und Behörden des Landes bei der Annäherung an die EU oft nur um das schiere Abhaken von Brüsseler Forderungen gehe, nicht aber darum, die Standards auch tatsächlich zu erfüllen. Das gelte für im Jahr 2009 verabschiedete Tierschutzbestimmungen ebenso wie für ein 2012 gebilligtes Gesetzespaket über Hygienestandards in der Lebensmittelindustrie. „Die EU-Vorgaben abzuhaken, indem europäische Direktiven übernommen, aber in der Praxis nicht durchgesetzt werden, bedeutet nichts“, bemängelt Alida Vračić. Ein hoher bosnischer Funktionär befürchtete

Landwirtschaftsministerium gibt. Oft heißt es, die Behörden in der bosnischen Serbenrepublik (Republika Srpska) seien effizienter und schneller, weil es dort nur eine Entscheidungsebene gibt, im Gegensatz zum Kompetenzzwirrwarr in der anderen Landeshälfte, der Föderation von Bosniaken und Kroaten, die in zehn einander zum Teil blockierende Kantone mit jeweils eigenen Regierungen unterteilt ist. Zwar seien einige Entscheidungswege in der bosnischen Serbenrepublik tatsächlich etwas schneller und einfacher, doch dürfe man die institutionellen Unterschiede nicht überbewerten, sagt Sabina Wölkner,

Leiterin des bosnischen Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sarajevo: „Dass die Unterschiede zwischen der Föderation und der Republika Srpska in vielen Bereichen nicht allzu groß sind, zeigt der Umstand, dass beide Entitäten mit denselben Schwierigkeiten kämpfen: steigende Arbeitslosigkeit, Verschuldung der öffentlichen Haushalte, geringe Wirtschaftsentwicklung, ein überdimensionierter, korruptionsanfälliger Verwaltungsapparat sowie ein reformbedürftiges Justizsystem.“ So ist in Bosnien, wo so vieles geteilt, zerstückelt und nach Proporz gelähmt ist, wenigstens das Versagen der Behörden gesamtstaatlich. Sabina Wölkner sagt: „Die Behörden haben es versäumt, die von Brüssel geforderten Maßnahmen zur Überprüfung und Zertifizierung der Lebensmittelsicherheit rechtzeitig einzuführen. Zwar haben sie sich in den vergangenen Monaten bemüht, das Versäumte aufzuholen, doch sie haben viel zu spät damit begonnen. Viele Produzenten aus Bosnien-Herzegowina hatten sich dagegen bereits auf die Veränderungen eingestellt. Es sind die staatlichen Institutionen, die die Verantwortung für die jetzige Lage tragen.“ Das Behördenversagen zeige auch, „dass für viele Politiker in Bosnien die EU-Integration weiterhin nur ein Lippenbekenntnis ist. Den Schaden tragen die Bürger.“

Nicht nur die Behörden haben versagt. Zwar haben sich einige bosnische Unternehmen tatsächlich rechtzeitig auf die neuen Anforderungen eingestellt. Doch viele sind noch immer von postsozialistischer Apathie und der Erwartung geprägt, es sei der Staat, der für ihre Absatzmärkte zu sorgen habe. Bezeichnend ist, dass sich Bosnien, dessen Bevölkerungsmehrheit muslimisch ist, nicht einmal um die Märkte islamischer Staaten und den Export von Halal-Produkten bemüht. Während sich Firmen in Kroatien, wo es nur eine winzige muslimische Minderheit gibt, längst erfolgreich auf dem stark wachsenden Markt für Halal-Produkte etabliert haben, können bosnische Anbieter selbst die einheimische Nachfrage nicht decken. Die Folge ist, dass Unternehmen aus dem katholisch geprägten Kroatien nach Halal-Vorschriften geschlachtete Hühner in das mehrheitlich muslimische Bosnien liefern.



Mahmud BADR Foto AP

Rebell

Die Fünf wollten innovativ sein und die unvollendete ägyptische Revolution fortsetzen. Mit ihrer Unterschriftenkampagne, die den Rücktritt von Präsident Mursi fordert, ist ihnen beides gelungen. Noch vor ein paar Wochen kannte niemand ihre Namen, sie waren nie öffentlich in Erscheinung getreten: drei Männer und zwei Frauen, nicht älter als 30 Jahre. Heute sind ihre Namen auch über Ägypten hinaus bekannt: Mahmud Badr, Hassan Shahin, Muhammad Abdalaziz, Mai Wahba und Iman al Haghi.

Im Frühjahr hatten die Fünf darüber diskutiert, wie sie die wachsende Unzufriedenheit mit dem islamistischen Präsidenten Muhammad Mursi sichtbar werden lassen könnten. Hassan Shahin soll die Idee zur Unterschriftenkampagne gehabt haben. Sie nannten das Projekt „Tamarrod“ (Rebellion), stellten es über Twitter und Facebook vor und erreichten, anders als die Aktivisten des Jahres 2011, Rückmeldungen auch von Freiwilligen aus den Provinzen, selbst aus jenen, in denen die Muslimbruderschaft stark ist. Die Gruppe habe sich zwei Bedingungen gestellt, sagt Badr, der heute ihr Sprecher ist. Sie wollte den Protest von den großen öffentlichen Plätzen in die Straßen und in die Dörfer bringen, in denen die einfachen Ägypter leben. Zudem wollte sie alles unterlassen, was den friedlichen Charakter des Protests gefährden könnte. Nicht die städtische Elite sollte mobilisiert werden, sondern Ägyptens schweigende Mehrheit, die mit Mursi immer weniger zufrieden ist.

Als Aktivist der Oppositionsbewegung „Kifaya“ hat Badr miterlebt, wie man die Straße mobilisiert. „Kifaya“ wurde von dem koptischen Lehrer George Ishaq gegründet und ist die Urzelle aller säkularen Protestbewegungen Ägyptens; im Jahr 2004 hatte sie mit dem Ruf „Kifaya“ (Es reicht!) gegen eine abermalige Amtszeit von Präsident Mubarak protestiert. Als Journalist und Fernsehproduzent weiß Badr zudem, wie die Menschen anzusprechen sind. Die Freiwilligen standen mit den Listen, in die jeder Unterschriftenende auch die Nummer seines Personalausweises einzutragen hatte, dort, wo Menschen zusammenkommen. Zeichen wie die rote Karte mit der Aufschrift „Irrhal“ (Geh weg!) und schwarze Luftballons für die düsteren Zeiten machten die Bewegung erkennbar, ebenso Lieder, die zu Hits wurden – wie der Rapsong „Tamarrod“ von Mahmud Haggag und „Inzel“ (Steig herab) von Baha Sultan. In den nur zwei Monaten bis zum ersten Jahrestag der Amtseinführung von Mursi will „Tamarrod“ 22 Millionen Unterschriften gesammelt haben, neun Millionen mehr, als Mursi bei seiner Wahl Stimmen erhalten hatte.

Mit der Kampagne stießen Badr und seine Freunde in eine Lücke. Die glanzlosen Oppositionsparteien schlossen sich an. Badrs politische Ziele sind Mursis Rücktritt, eine neue Verfassung und die Neuwahl eines Präsidenten. Von Beginn an ließ Badr keinen Zweifel daran, dass die Kampagne ohne Demonstrationen und zivilen Ungehorsam bedeutungslos bliebe. Dass in den vergangenen Tagen Millionen Ägypter gegen Mursi demonstrierten, ist vor allem das Verdienst von „Tamarrod“. RAINER HERMANN

Verhandeln mit Rohani

Irans neuer Präsident bietet die Chance für Fortschritte bei den Atomverhandlungen / Von Horst Bacia

Hassan Rohani weiß, was er sagt, wenn er über das iranische Nuklearprogramm spricht. Der künftige Präsident der Islamischen Republik ist mit dem Thema besser vertraut als alle seine Vorgänger. Sechzehn Jahre war er Sekretär des Hohen Nationalen Sicherheitsrates, einer wichtigen Schaltstelle im komplizierten Machtgefüge des Regimes. In dieser Funktion leitete er zwischen 2003 und 2005 auch die Verhandlungen, die Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich im Namen der EU mit Teheran führten, um den Konflikt über das lange geheim gehaltene Nuklearprogramm friedlich beizulegen. Es waren intensive, schwierige und letztlich – wegen der Wahl von Mahmud Ahmadineschad zum neuen Staatspräsidenten – erfolglose Gespräche.

Die Staatengruppe mit den fünf Veto-mächten im UN-Sicherheitsrat und Deutschland, die aus der Initiative der „EU-3“ hervorging, bemüht sich weiter um eine diplomatische Lösung. Bei den jüngsten Treffen mit Vertretern Irans im Februar und April ist es wieder nur um Verhandlungen über den Einstieg in ernsthafte Verhandlungen gegangen. Nun könnte der überraschende Sieg Rohanis auch für die festgefahrene Nuklearverhandlungen zu einem Wendepunkt werden.

Als Mahmud Ahmadineschad, der scheidende Präsident, im August 2005 in sein Amt eingeführt wurde, trat Rohani als Sekretär des Sicherheitsrates zurück. Er gehörte diesem Gremium jedoch weiter als einer der beiden Repräsentanten von Revolutionsführer Ajatollah Chamenei an; zudem ist er Mitglied im Expertenrat und seit mehr als zwanzig Jahren Direktor eines Zentrums für strategische Forschung. Der an einer Glasgow Universität ausgebildete Rohani ließ in Inter-

views, Aufsätzen und Büchern immer wieder durchblicken, dass er nicht nur das hemdsärmelige, provozierende Auftreten Ahmadineschads in der Nuklearkrise missbillige, sondern auch die Verhandlungsführung seiner Nachfolger.

Im Wahlkampf musste sich Rohani gegen Vorwürfe verteidigen, die im Jahr 2003 mit den Außenministern der EU-3 vereinbarte Aussetzung der Anreicherung von Uran sei ein Verrat an den nationalen Interessen gewesen. Er rechtfertigte sich mit dem Hinweis, die zeitlich be-

Das Dilemma besteht darin, dass es die gute Option, die den EU-3 vorschwebte, nicht mehr gibt.

grenzte Aussetzung habe Fortschritte bei der Urananreicherung nicht verhindert, das Land aber vor Sanktionen des UN-Sicherheitsrates – wie sie später beschlossen wurden – und möglicherweise sogar vor einem militärischen Angriff bewahrt.

Die überwältigende Unterstützung Rohanis schon im ersten Wahlgang mag viele Ursachen haben. Sie lässt sich auch als Mandat für einen Kurswechsel im Nuklearkonflikt mit der Staatengemeinschaft auslegen. Der frühere Chefunterhändler hatte bereits damals angedeutet, dass eine Lösung des Konflikts im Rahmen der von den europäischen Verhandlungspartnern vorgelegten Vorschläge möglich sei. Das seit der Revolution zerrüttete Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beschrieb er unverblümt als eine „alte Wunde, die geheilt werden muss“.

In den Verhandlungen mit den EU-3 war die Anreicherung von Uran der umstrittenste Punkt. Teheran bestand (und besteht) darauf, dass es als Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) ein „unveräußerliches Recht“ zur friedlichen Nutzung der Kernenergie habe, wie es Artikel IV des NPT garantiert; dazu gehöre auch die Anreicherung. Die Europäer hingegen wollten Iran überzeugen, die vereinbarte „freiwillige“ Aussetzung der Urananreicherung auf Dauer zu akzeptieren; nur so gebe es eine „objektive Garantie“, dass das iranische Nuklearprogramm, wie immer wieder behauptet, tatsächlich friedlichen Zwecken diene.

Damals waren in der Anreicherungsanlage von Natans erst gut hundert Gaszentrifugen installiert. Das Ziel der EU-3 schien realistisch: Iranische Wissenschaftler sollten das technisch hochkomplizierte Anreicherungsverfahren nicht beherrschen lernen, damit sie es nicht zur Herstellung von hochangereichertem Uran für Atomwaffen einsetzen können. In der achtjährigen Amtszeit von Mahmud Ahmadineschad ist die Fähigkeit zur Urananreicherung auf insgesamt 17000 operierende Zentrifugen in drei Anlagen ausgebaut worden. Die Maschinen, die mit mehr als tausend Umdrehungen je Sekunde rotieren, stellen Uranhexafluorid mit Anreicherungsgraden von bis zu fünf und bis zu zwanzig Prozent her. Der angehäufte Vorrat würde, bei einer weiteren Anreicherung auf etwa neunzig Prozent, für ein halbes Dutzend Nuklearwaffen reichen. So weit hat es das Regime gebracht – trotz der sechs UN-Resolutionen, die eine Aussetzung der Urananreicherung verlangen.

Teheran hat Tatsachen geschaffen und so die eigene Verhandlungsposition gestärkt. Auch in der Gruppe der „5+1“

scheint es mittlerweile einen – wenn auch noch nicht präzise formulierten – Konsens zu geben, dass eine diplomatische Lösung des Konflikts nur möglich sein werde, wenn man Iran am Ende eine begrenzte Urananreicherung unter strenger Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde zugesteht. Zuvor müssten allerdings alle bisher vermeintlichen Aktivitäten – insbesondere die kategorisch geleugneten Waffenexperimente – vollständig offen gelegt werden.

Sollte das Regime tatsächlich an einer Verhandlungslösung interessiert sein, könnten vermutlich mit mehr „Transparenz“ und mehr „Vertrauensbildung“, wie es Rohani verspricht, rasch erste und kleine Fortschritte erzielt werden. Die „5+1“-Staaten dringen seit langem darauf, dass sich Iran als Voraussetzung für weitere Verhandlungen zu einer wichtigen vertrauensbildenden Maßnahme bereit erklärt: Es soll die Anreicherung von Uran auf zwanzig Prozent stoppen und den angelegten Vorrat exportieren oder aber in eine weniger gefährliche Form umwandeln. Denn der Weg von diesem Anreicherungsgrad zu waffenfähigem Material wäre nicht weit.

Die letzte Entscheidung über das Nuklearprogramm liegt zweifellos bei Ajatollah Chamenei. Vielleicht kann Rohani, ein Insider des Regimes, eine Kursänderung durchsetzen. Das Dilemma der Nuklearpolitik mit Iran besteht darin, dass es die gute Option, die damals den EU-3 vorschwebte, nicht mehr gibt. Seit das Regime den Brennstoffkreislauf beherrscht, gibt es nur noch schlechte und weniger schlechte Optionen. Die einmal erworbene Expertise lässt sich nicht wegwerfen und auch nicht wegverhandeln.

Deutsche Asset
& Wealth Management

„Ich besitze Immobilien.
Ohne ein einziges Haus zu haben.“
grundbesitz global und grundbesitz europa

Suchen Sie nach einer Sachwertanlage mit attraktiven Renditechancen und überschaubarem Risiko? Dann lassen Sie sich von den offenen Immobilienfonds grundbesitz global und grundbesitz europa überzeugen.

Jetzt bis zum 18. Juli investieren und flexiblere Rückgaberechte sichern.

Mehr Informationen auf www.DWS.de und bei Ihrem Berater.

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

DWS
INVESTMENTS

*Die DWS/DB AWM Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Wertpapier-Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende April 2013. Die Fonds grundbesitz global und grundbesitz europa sind zwei von der RREEF Investment GmbH aufgelegte und von ihr verwaltete Immobilien-Sondervermögen i. S. des Investmentgesetzes. Die Verkaufsprospekte mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenfrei in gedruckter oder elektronischer Form bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Laufende Kosten p. a.: grundbesitz global (Stand: 30.03.2012): 1,06 %; grundbesitz europa (Stand: 30.09.2012): 1,06 %.